



Ausgangsfall

G betreibt einen gut gehenden Getränkehandel unter der im Handelsregister eingetragenen Firma „Getränke Fritz, e.K.“. Einen Großteil der Gewinne verspielt G jedoch neuerdings beim Online-Poker, sodass er mehrere Geschäftsdarlehen aufnehmen musste.

Da G seiner Spielleidenschaft mehr Zeit widmen möchte, veräußert er seinen Betrieb zum 01.06.2018 für einen Kaufpreis von 200.000 € an A und B. Bei den Vertragsverhandlungen hatte G gegenüber A und B bewusst verschwiegen, dass einige der von ihm aufgenommenen Geschäftsdarlehen in den nächsten Monaten zur Rückzahlung anstehen. Im Kaufvertrag wurde jedoch ein Haftungsausschluss zugunsten der Erwerber vereinbart.

A und B führen den Betrieb unter der am 15.06.2018 eingetragenen Firma „Getränke Fritz – Inhaber Getränkeoase-OHG.“ fort. Weitere Eintragungen in das Handelsregister erfolgen nicht.

Drei Monate nach Geschäftsübernahme fordert die Hypo-Bank, die G ein Geschäftsdarlehen i.H.v. 30.000 € gewährt hatte, von der OHG und von A und B die Rückzahlung der Darlehenssumme. Daraufhin stellen A und B Nachforschungen an und erfahren von den übrigen Verbindlichkeiten. Sie sind entrüstet, dass G ihnen derart wichtige Informationen vorenthalten hat und erklären ihm gegenüber die Anfechtung des Kaufvertrags wegen arglistiger Täuschung.

Ferner teilen A und B der Hypo-Bank mit, sie und ihre OHG wären für die Rückzahlung der Darlehenssumme nicht verantwortlich: zum einen hätten sie sich mittlerweile von der Übernahme des Getränkehandels durch die Anfechtung gelöst und zum anderen hätten sie von Anfang an mit G einen Haftungsausschluss vereinbart. Die Hypo-Bank solle sich wegen der Rückzahlung des Darlehens an G wenden.

Steht der Hypo-Bank gegen die OHG sowie gegen A und B ein Anspruch i.H.v. 30.000 € zu, wenn die von A und B erklärte Anfechtung wirksam ist?

1. Abwandlung:

In der Folgezeit einigten sich A und B mit G über die Abwicklung der verschwiegenen Darlehen und führten die Getränkeoase-OHG doch weiter. Der C trat zum 01.10.2018 als neuer Gesellschafter in die Getränkeoase-OHG ein, was jedoch nicht in das Handelsregister eingetragen wurde. Da sich die drei Gesellschafter in der Folgezeit nicht über das Warensortiment einigen konnten – nur gesunde Fruchtsäfte oder auch Alkohol – schied C zum 31.01.2019 aus der OHG aus, was jedoch ebenfalls nicht in das Handelsregister eingetragen wurde.

Anfang März 2019 verletzt Gesellschafter A bei einer Warenauslieferung den Passanten P, der dadurch einen Armbruch erleidet. Da die OHG und die Gesellschafter A und B zur Zeit über keine ausreichenden Geldmittel verfügen, nimmt P den C auf Ersatz seiner Heilbehandlungskosten i.H.v. 2.000 € in Anspruch. C verweigert die Zahlung, da der Unfall nach seinem Ausscheiden aus der Gesellschaft geschehen sei.

Steht P gegen C ein Anspruch auf Ersatz der Heilungskosten i.H.v. 2.000 € zu?

2. Abwandlung:

Da nach dem Ausscheiden des C der Betrieb floriert, übersteigt die Arbeitsbelastung die Kräfte von A und B und sie bestellen den Angestellten M wirksam zum Prokuristen der OHG. Die Prokuraerteilung wurde ordnungsgemäß in das Handelsregister eingetragen.

Als X dem M das Grundstück, auf dem der Getränkehandel betrieben wird, zum Kauf anbietet, hält M dies für ein gutes Geschäft und erwirbt das Grundstück namens der OHG von X formgerecht zum Preis von 350.000 €. Die OHG wird im Grundbuch als Eigentümerin eingetragen. Da M für die OHG zunächst auf den Kaufpreis nur 200.000 € zahlen kann, bestellt M namens der OHG zugleich eine Restkaufpreis-hypothek i.H.v. 150.000 € zugunsten des X. Die Hypothek wird im Grundbuch eingetragen und der Hypothekenbrief dem X übergeben.

Bei Fälligkeit des Restkaufpreisanspruchs verlangt X von der OHG Zahlung der 150.000 € und droht bei Nichtzahlung mit der Zwangsvollstreckung in das Grundstück. Die OHG verweigert die Zahlung, da M weder zum Grundstückserwerb noch zur Hypothekenbestellung berechtigt gewesen sei.

Welche Ansprüche hat X gegen die OHG?

3. Abwandlung:

G, der Inhaber des Getränkehandels aus dem Ausgangsfall, verkauft seinen Betrieb nicht an A und B, sondern betreibt ihn bis zu seinem Tod weiter. Aufgrund seiner Spieleidenschaft hat er dem Betrieb jedoch in den letzten Jahren nicht mehr die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt, sodass er bei seinem Tod Geschäftsschulden in immenser Höhe hinterlässt.

Der verwitwete G wird von seinem einzigen Sohn S beerbt, der die Erbschaft aus Respekt vor seinem verstorbenen Vater nicht ausschlägt. S führt den Betrieb zunächst unter der bisherigen Firma weiter. Nachdem er sich sechs Wochen in die Geschäftsbücher seines Vaters vertieft hat, beschließt er den Betrieb zu veräußern. Nach weiteren vier Wochen veräußert S den Getränkehandel mit der Firma an den Erwerber E.

Fünf Monate nach dem Erbfall verlangt die Hypo-Bank, die dem G zu Lebzeiten ein Geschäftsdarlehen über 30.000 € gewährt hat und das nunmehr zur Rückzahlung fällig ist, von S Zahlung. S ist der Ansicht, er hafte wegen der Veräußerung des Betriebs nicht.

Steht der Hypo-Bank gegen S ein Anspruch auf Zahlung i.H.v. 30.000 € zu?

Vermerk für den/die Bearbeiter/in:

Nehmen Sie bitte in einem Gutachten zu den gestellten Fragen Stellung.



Bestellung RÜ

Bestellung Kombiausgabe RÜ+RÜ2

Ich bestelle ab dem 01. 201..... im **Print-Abonnement** die monatlich erscheinende

- RÜ zum Preis von 6,70 € je Heft (inkl. Versandkosten)
- RÜ+RÜ2 zum Preis von 8,70 € je Ausgabe (inkl. Versandkosten)
- Ich bin bereits Abonnent der RÜ und wünsche die **Umstellung** auf die RÜ+RÜ2-Kombiausgabe.

Im Print-Abonnement enthalten: Der Online-Service

- Ab dem **20. des Vormonats** das aktuelle Heft der RÜ+RÜ2 online lesen.
 - Zugriff auf das **digitale RÜ-Archiv** (alle Hefte der RÜ ab 01/1998, mit Ausnahme der zwölf aktuellsten Hefte).
- Ich verzichte auf den Online-Service. Der Preis reduziert sich um 0,50 € pro Monat.

Ich bestelle ab dem 01. 201..... im **Online-Abonnement** die monatlich erscheinende

- RÜ zum Preis von 6,10 € je Heft
- RÜ+RÜ2 zum Preis von 8,10 € je Ausgabe
- Dabei bin ich damit einverstanden, dass der Vertrag vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnt und bestätige hiermit meine Kenntnis davon, dass ich mit dieser Zustimmung mein Widerrufsrecht mit dem Beginn der Ausführung des Vertrags verliere.
- Ich bin bereits Online-Abonnent der RÜ und wünsche die **Umstellung** auf die Online-RÜ+RÜ2-Kombiausgabe.

Übersenden Sie mir bitte ab dem 01. 201..... (rückwirkend nicht möglich) das **Probeabonnement** der

- RÜ zum Preis von 12,00 € (3 Hefte) (inkl. Versandkosten)
- RÜ+RÜ2 zum Preis von 17,10 € (3 Ausgaben) (inkl. Versandkosten)

Bitte beachten Sie: Wenn Sie uns bei Bezug eines Probeabonnements nach Erhalt des 2. Heftes/der 2. Ausgabe nichts anderes bis zum 15. des Monats mitteilen (E-Mail an: as.info@alpmann-schmidt.de genügt), läuft es als reguläres Abonnement mit einer Kündigungsfrist von 6 Wochen zum Quartalsende weiter.

Einzelausgaben auf Anfrage an as.info@alpmann-schmidt.de (RÜ: 7,90 €; RÜ+RÜ2: 9,90 €)

zzgl. 2,50 € Versandkosten (ab 30,00 € Bestellwert versandkostenfrei).

Liefer- und Vertragsbedingungen: Lieferung als Postvertriebsstück, daher keine Garantie der Lieferung zum Monatsanfang. Der Vertrag kommt zustande durch Lieferung/Bereitstellen im Downloadbereich des ersten Heftes/der ersten Ausgabe. Beim Abonnement erfolgt die erste Lieferung/Bereitstellung je nach gewünschtem Beginn. Der Bezugspreis ist im Voraus fällig, für das Abonnement jeweils quartalsweise im Voraus. Er ist unter Angabe der Kundennummer zu überweisen oder wird bei Erteilung einer SEPA-Lastschrift abgebucht. Preiserhöhungen bleiben vorbehalten und werden rechtzeitig bekannt gegeben. Die Lieferung erfolgt unter Eigentumsvorbehalt bis zur vollständigen Bezahlung. Der Bezugspreis enthält die gesetzliche Umsatzsteuer. Das Abonnement kann in Textform mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gekündigt werden. Die Preise sind freibleibend. Es werden die am Tage der Lieferung gültigen Preise berechnet.

Alpmann Schmidt nimmt nicht am Schlichtungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teil, vgl. § 36 VSBG.

Bitte ausgefüllt zurücksenden!

Kd.-Nr.:

Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Tel./Fax:

E-Mail:

.....

Geb.-Datum:

Adressänderungen teilen Sie uns bitte 14 Tage im Voraus mit.

- Die Informationen zum **Datenschutz (Art. 13, 21 DSGVO, umseitig abgedruckt)** habe ich zur Kenntnis genommen und das ebenfalls anliegende **SEPA-Mandat** ausgefüllt.

Datum:

Unterschrift:

Interne Vermerke			
KD		Adr	
B		Q	
B		LS	
K			

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Abonnementvertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt ab dem Tag, an dem Sie oder ein von Ihnen benannter Dritter, der nicht der Beförderer ist, das erste Heft der RÜ erhalten haben bzw. hat. Im Falle des Online-Abonnements beginnt die Frist bereits mit Vertragsschluss. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie ALPMANN SCHMIDT Juristische Lehrgänge Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Alter Fischmarkt 8, D-48143 Münster, Telefon 0251/9810938, Telefax 0251/9810962 mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können hierfür das Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist. Dieses Formular finden Sie unter www.alpmann-schmidt.de/downloads/Widerrufsformular_Verlag.pdf. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs: Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel; es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Ende der Widerrufsbelehrung

Informationen nach Art. 13, 21 DSGVO:

Für die Datenerhebung und Verarbeitung ist Alpmann und Schmidt Juristische Lehrgänge mbH & Co. KG (Alter Fischmarkt 8, 48143 Münster, Tel.: 0251/981090, E-Mail: as.info@alpmann-schmidt.de) verantwortlich.

Grund der Datenerhebung

Wir erheben grundsätzlich nur die Daten, die zum Vertragsabschluss und für die Erfüllung des Vertrages erforderlich sind.

Die Angabe der Kundennummer, der Telefon-, Handy- oder Faxnummer sowie der E-Mail-Adresse ist jedoch freiwillig. Es sind keine negativen Konsequenzen mit der Nichtbereitstellung dieser Daten verbunden. Allerdings kann die Nichtbereitstellung im Einzelfall dazu führen, dass z.B. eventuell bestehende Rückfragen zum Vertragsabschluss nicht telefonisch mit Ihnen geklärt werden können und sich die Kommunikation deshalb verzögern kann.

Wir verarbeiten die erhobenen Daten (Vorname, Name, Straße, Land, PLZ, Wohnort, Geburtsdatum) gemäß Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b DSGVO zum Zweck der Vertragserfüllung. Dies umfasst auch die damit einhergehende Kundenbetreuung.

Dauer der Speicherung

Die zur Vertragserfüllung erforderlichen Daten werden spätestens sechs Monate nach Beendigung des Vertrages gelöscht und solange nur noch für etwaige Rückfragen bereitgehalten. Die Daten werden nicht gelöscht, sofern nach Vertragsbeendigung noch Forderungen offen sind und eingezogen werden sollen. Im Fall des Bestehens gesetzlicher Aufbewahrungsfristen werden die betroffenen Daten für die Dauer dieser Fristen archiviert (vgl. Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. c DSGVO).

Datenempfänger

Wir übermitteln Ihre Daten nur an Dritte, sofern eine datenschutzrechtliche Übermittlungsbefugnis besteht. Zur Durchführung des Vertrages werden Ihre Daten deshalb gemäß Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b DSGVO an die von uns mit der Erstellung und Auslieferung der RÜ betrauten Druckerei weitergeleitet, sofern Sie das Print-Abonnement wählen. Darüber hinaus leiten wir Ihre Daten an Dienstleister weiter, die uns beim Betrieb unserer Webseiten (externe Programmierer), der Abwicklung unserer Dienstleistungen (Postdienstleister) und der damit zusammenhängenden Prozesse (Digitalisierung von Formularen und Vertragsunterlagen, Telekommunikationsunternehmen) unterstützen. Die Sicherheit und Vertraulichkeit Ihrer Daten ist durch Auftragsverarbeitungsverträge i.S.d. Art. 28 DSGVO abgesichert. Die jeweiligen Auftragsverarbeiter sind insbesondere dazu verpflichtet, ihre Daten zu keinem anderen Zweck als zur Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgabe im Rahmen der Vertragserfüllung zu verarbeiten.

Eine Datenverarbeitung außerhalb der EU findet nicht statt.

Wir werden Ihre personenbezogenen Daten weder an Dritte verkaufen noch anderweitig vermarkten.

Datenschutzbeauftragter

Unser betrieblicher Datenschutzbeauftragter steht Ihnen gerne für Auskünfte oder Anregungen zum Thema Datenschutz zur Verfügung: Dr. Uwe Schläger, datenschutz nord GmbH, Konsul-Smidt-Str. 88, 28217 Bremen, web: www.datenschutz-nord-gruppe.de, E-Mail: office@datenschutz-nord.de, Tel.: 0421 69 66 32 0.

Ihre Rechte als betroffene Person

Betroffene Personen haben das Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten oder auf Löschung, sofern einer der in Art. 17 DSGVO genannten Gründe vorliegt, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden. Es besteht zudem das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen vorliegt und in den Fällen des Art. 20 DSGVO das Recht auf Datenübertragbarkeit. Werden Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. e (Datenverarbeitung zur behördlichen Aufgabenerfüllung bzw. zum Schutz des öffentlichen Interesses) oder lit. f erhoben (Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen), steht der betroffenen Person das Recht zu, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat des Aufenthaltsorts der betroffenen Person oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden. Für das Bundesland Nordrhein-Westfalen ist die zuständige Aufsichtsbehörde: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf, poststelle@ldi.nrw.de.

Datenverarbeitung zum Zwecke der Direktwerbung

Wir verarbeiten Ihre Daten zudem zum Zwecke der Direktwerbung, insbesondere für den Versand unserer Werbung per Post. Die Datenverarbeitung erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. f DSGVO und in dem Interesse, Sie über neue Produkte und Dienstleistungen zu informieren. Gegen diese Verarbeitung steht jedem Kunden ein eigenes Widerspruchsrecht zu, dessen Ausübung zur Beendigung der Verarbeitung zum Zwecke der Direktwerbung führt. Sofern Daten ausschließlich zum Zwecke der Direktwerbung gespeichert werden, werden diese nach erfolgtem Widerspruch gelöscht.

Widerspruchsrecht

Gegen die vorgenannte Verarbeitung zum Zwecke der Direktwerbung steht Ihnen ein eigenes Widerspruchsrecht zu, dessen Ausübung zur Beendigung der Verarbeitung zum Zwecke der Direktwerbung führt. Bitte richten Sie den Widerspruch möglichst an: widerruf@alpmann-schmidt.de oder postalisch an Alpmann und Schmidt Juristische Lehrgänge Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Alter Fischmarkt 8, 48143 Münster.

Für Ihren Erfolg im Examen!

Handelsrecht

**Karteikarten im Paket
mit dem Skript günstiger!**

Von Patrick Braasch, Rechtsanwalt und
Claudia Haack, Rechtsanwältin und Repetitorin

2019 ■ 24,90 €

ISBN 978-3-86752-521-3



Bundle Skripten und Karteikarten:
Wissen erwerben und wiederholen.

Alle Paketpreise und Bestellinformationen finden Sie unter
www.alpmann-schmidt.de



ALPMANN SCHMIDT